



Landeshauptstadt
München
Bürgermeisterin

Landeshauptstadt München, Bürgermeisterin Dieltl, 80313 München

Verena Dieltl

Bundesminister des Innern,
für Bau und Heimat
Herrn Horst Seehofer
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Datum
27.10.2021

Unterstützung und Aufnahme von Geflüchteten im Grenzgebiet Belarus

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

viele Menschen auf der Flucht müssen derzeit im Grenzgebiet zwischen Polen und Belarus unter menschenunwürdigen Verhältnissen ausharren und bleiben gefangen im Niemandsland. Angesichts des bevorstehenden Winters spitzt sich die Lage zu. Diese verzweifelte Situation von schutzbedürftigen Menschen darf die Europäische Union (EU) nicht länger tatenlos hinnehmen.

Für die Landeshauptstadt München als Sicherer Hafen hat die Rettung von Menschenleben und Wahrung der Menschenrechte oberste Priorität. Es ist und bleibt unsere humanitäre Aufgabe, Menschen schnell und kurzentschlossen aus akuten Notsituationen zu befreien und ihnen zu einem menschenwürdigen und angstfreien Dasein zu verhelfen.

Bereits im September 2020 sah sich der Münchner Stadtrat wegen der katastrophalen Bedingungen in Moria in der Pflicht, ein Zeichen zu setzen. Der Sozialausschuss des Münchner Stadtrats hat mit Beschluss vom 24.09.2020 (Nr. 20-26 / V 00833) den zuständigen Landes- und Bundesbehörden die sofortige Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland angeboten. Dieses Angebot hat die Landeshauptstadt München im August 2021 angesichts der humanitären Tragödie in Afghanistan gegenüber der Bundesregierung bekräftigt.

Ich stimme mit Ihnen überein, dass Menschen mit Ihren Hoffnungen auf ein besseres Leben und dem Wunsch in einem Land ohne Krieg und Not zu leben, nicht als „politische Waffe“ von antidemokratischen Machthabern missbraucht werden dürfen. Gegen diesen Missbrauch müssen die Staatengemeinschaft und die EU gemeinsam vorgehen.

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München
Telefon:089-233-92470
Telefax:089-233-25825

Daneben muss aber auch jenen Menschen unverzüglich geholfen werden, die jetzt im Grenzgebiet festsitzen, ohne ausreichende medizinische Versorgung und Verpflegung. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie Flüchtende an den Grenzen zur EU in Perspektivlosigkeit und Ungewissheit verharren und sogar wegen Hunger und Krankheit bereits sterben müssen. Die EU muss hier ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und den Menschen sofort Zugang zu Asylverfahren gewähren. Die Europäische Menschenrechts- und die Genfer Konvention machen deutlich, dass Pushbacks rechtswidrig sind. Grundrechte beim Schutz der Außengrenzen sind unumstößlich.

Auch im Falle der notleidenden Menschen im Grenzgebiet zwischen Polen und Belarus ist die Landeshauptstadt München bereit, ihren humanitären Verpflichtungen als Sicherer Hafen nachzukommen! Darum bieten wir erneut an, schnell und unbürokratisch geflüchtete Menschen aus dem Grenzgebiet bei uns in München aufzunehmen und ihnen hier Zugang zu ordentlichen Asylverfahren zu gewähren. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung, um diesen Menschen in Not helfen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Verena Dietl